

Pressemitteilung

München, den 11. November 2021

Erwartungen der Städte und Gemeinden an die neue Bundesregierung

- *Veränderungen brauchen die Problemlösungskompetenz von Kommunen.*
- *Klimaschutz und nachhaltige Mobilität sind eine Daueraufgabe.*

An die neue Bundesregierung richten Städte und Gemeinden eine Fülle an Erwartungen. „**Städte und Gemeinden stehen vor vielen Herausforderungen von Corona-Pandemie, Klimawandel und Mobilität bis zu Digitalisierung. Wenn gesellschaftliche und politische Änderungen auf so vielen Feldern erfolgreich umzusetzen sind, ist die Problemlösungskompetenz der Kommunen gefragt. Eine unerlässliche Basis für die in den Koalitionsverhandlungen angestrebten Reformprozesse ist die auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen und die frühzeitige Einbindung der kommunalen Ebene: Städte und Gemeinden müssen bei tiefgreifenden Änderungsprozessen beteiligt werden, sonst kann der angestrebte Wandel nicht funktionieren**“, sagt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr.

Als eine Herausforderung von vielen nach der Corona-Pandemie nennt Pannermayr die Stadtzentren: „**Gerade die Innenstädte müssen sich dem Wandel stellen und müssen sich zukunftsfähig aufstellen. Urbanes Leben soll weiterhin attraktiv für die Menschen bleiben. Strategische und nachhaltige Stadtentwicklung wird noch mehr an Bedeutung gewinnen. Daher müssen bewährte Instrumente wie die Städtebauförderung flexibler gestaltet, weiterentwickelt und besser ausgestattet werden.**“

Klimaschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe, unterstreicht Pannermayr: „**Die Kommunen sind bereit. Viele Städte und Gemeinden haben ihr Engagement in diesem Bereich bereits verstärkt oder haben sich schon seit längerem auf den Weg gemacht. Damit die Klimaziele erreicht werden können, braucht es ein solides Finanzierungsprogramm. Und es braucht die Optimierung und Entbürokratisierung bestimmter rechtlicher Rahmenbedingungen, wie etwa für den Ausbau erneuerbarer Energien oder die energetische Sanierung von Gebäuden. Mehr Freiraum und Flexibilität wären hilfreich.**“

Ein wesentlicher Aspekt des Themas Nachhaltigkeit ist der Bereich Mobilität. Pannermayr: „**Gerade in den Städten ist zu spüren, dass bei Mobilität ein Umdenken in der Gesellschaft begonnen hat. Die Kommunen brauchen noch mehr Möglichkeiten, um verkehrslenkende Maßnahmen vor Ort bedarfsgerecht zu gestalten. Angebote von Bus und Bahn müssen noch besser vernetzt werden, außerdem erwarten Städte und Gemeinden für den Öffentlichen Personennahverkehr eine stärkere Beteiligung des Bundes an Investitions- und Betriebskosten.**“

Ein Dauerthema bleibt der soziale Zusammenhalt in den Städten und die Gewährleistung von Teilhabe-Chancen, sagt Pannermayr: „**Dies gilt besonders zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie. Und es geht darum, soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten. Eine der praktischen Kernfragen liegt zum Beispiel darin, wie der vom Bund beschlossene Anspruch auf Ganztagsbildung und Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder in der Praxis umgesetzt, organisiert und finanziert werden soll.**“

Eine weitere Herausforderung ist die Digitalisierung, sei es in der Verwaltung und insbesondere in Bildung und Schule. Pannermayr: „**Die Corona-Pandemie hat die Entwicklung der Digitalisierung in den Schulen forciert und gleichzeitig die Vor- und Nachteile der Digitalisierung in der Praxis gezeigt. Daher brauchen wir eine sinnvolle und zukunfts-taugliche Umsetzungsstrategie, die inhaltliche Fragen beantwortet, aber auch die Zu-ständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen klärt – besonders geht es um die Klärung von Finanzierungsfragen.**“

Die Corona-Pandemie hat für Kommunen zusätzliche Lasten nach sich gezogen und zu empfindlichen finanziellen Ausfällen geführt. Pannermayr: „**Handlungsfähige Kommunen brauchen eine sichere finanzielle Basis. Der Ausgleich der Ausfälle bei der Gewerbe-steuer durch Bund und Länder muss nach dem gleichen Muster wie 2020 auch im Jahr 2021 fortgeführt werden. Der Vorstand des Städtetags fordert, dass die neue Bundesregierung ausreichend Mittel für die Kompensation der Gewerbesteuer bereit-stellt. Eine angemessene Finanzausstattung ist die Grundlage dafür, dass Städte und Gemeinden lebenswerte Orte bleiben.**“